

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Mehr Berufsausbildungspartnerschaften im Land Bremen unterstützen**

Ausbildungsverbände ermöglichen vor allem Klein- und Einzelunternehmen die duale Berufsausbildung von Jugendlichen. Solche Betriebe, aber auch Initiativen und Vereine sind aufgrund ihrer Strukturen oft nicht oder nur teilweise fähig, alle Inhalte einer vollwertigen Ausbildung zu vermitteln. Dennoch haben sie im Prinzip großes Interesse daran, auszubilden, unternehmerische Ideen weiterzugeben und so womöglich sogar die Unternehmensnachfolge frühzeitig vorzubereiten. Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund und Betrieben mit neuartigen Qualifikationsprofilen, wie z. B. in der Kreativ- oder Energiewirtschaft, können Ausbildungsverbände den Einstieg in die berufliche Ausbildung erleichtern und so zusätzliche Ausbildungsplätze, beispielsweise für migrantische Jugendliche, schaffen.

Der Senat hat angekündigt, mit den Kammern Situation und Perspektiven der bestehenden Ausbildungsverbände zu erörtern und zugleich auszuloten, wie durch die Kooperation von Betrieben in der dualen Ausbildung zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Dabei muss es insbesondere darum gehen, bislang ausbildungsunerfahrene Betriebe und Branchen, deren Qualifikationsprofile von anerkannten Ausbildungsberufen nicht vollständig abgedeckt werden, für die Ausbildung junger Menschen zu gewinnen, um Jugendlichen attraktive Berufseinstiegsmöglichkeiten zu bieten und den eigenen Fachkräftebedarf zu sichern.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Bürgerschaft (Landtag) über den Stand der mit den Kammern in Bremen und Bremerhaven über Ausbildungspartnerschaften geführten Gespräche und die daraus gewonnenen Erkenntnisse zu unterrichten.
2. der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten, in welchen Branchen und gegebenenfalls für welche Ausbildungssuchenden in Bremen und Bremerhaven die Einrichtung neuer Ausbildungsverbände sinnvoll wäre.
3. zu prüfen, wie die Bedeutung von Ausbildungsverbänden in der dualen Berufsausbildung statistisch erfasst und auf dieser Basis regelmäßig bewertet werden kann.
4. zu prüfen, in welchen Branchen modellhaft Ausbildungsverbände eingerichtet werden könnten, die explizit migrantische Unternehmerinnen und Unternehmer mit gegebenenfalls im Ausland erworbenen Qualifikationen einbeziehen, um diese bei der Ausbildung zu unterstützen und zu fördern.

Dieter Reinken, Sybille Böschen,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Ralph Saxe, Frank Willmann, Silvia Schön,
Carsten Werner, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen